



## **Bericht**

der Landesregierung

### **Sicherheitskooperation im Ostseeraum**

Drucksache 15/ 208

**Federführend ist der Innenminister**

## **Vorbemerkung**

Die Sicherheitskooperation im Ostseeraum, also die internationale Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit allen Ostseeanrainerstaaten, verfolgt das Ziel, die Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger in dieser Region durch gemeinsame Anstrengungen zu verbessern und gleichzeitig neuen Herausforderungen, die sich aus der Grenzöffnung nach Osten im Zusammenhang mit der noch immer bestehenden Wohlstandsgrenze ergeben, zu begegnen.

Nur so kann die Grundlage für ein weiteres wirtschaftliches Zusammenwachsen und ein friedliches Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger dieser Region gelegt werden.

Die Verwirklichung dieses Zieles erfolgt durch zwei unterschiedliche aber miteinander vernetzte Komplexe:

### **1. Die Ausstattungs-, Ausbildungs- und Beratungshilfe mit dem Ziel der**

- Hilfe beim Aufbau demokratischer rechtsstaatlicher Polizeistrukturen

### **2. Die Polizeiliche Zusammenarbeit mit dem Ziel einer**

- Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum.

Die beiden Komplexe werden weiter vorangetrieben durch vielfältige kooperative Kontakte und Maßnahmen der Landesregierung, aber auch durch Partnerschaften auf kommunaler Ebene.

## **Kooperationspartner**

Die Kooperationspartner für beide Zielverwirklichungen sind unterschiedlich.

Während bei der polizeilichen Zusammenarbeit selbstverständlich ein enges Zusammenwirken mit allen Ostseeanrainerstaaten, also auch mit den skandinavischen Ländern erforderlich ist, beschränkt sich die Ausstattungs-, Ausbildungs- und Beratungshilfe auf

- **Estland**
- **Lettland**
- **Litauen**
- **Polen** und die

- **Russische Föderation**, begrenzt auf den **Oblast Leningrad**, die **Stadt St. Petersburg** und den **Oblast Kaliningrad**

### **Ausbildungs-, Ausstattungs- und Beratungshilfe**

Mit der langjährig praktizierten Ausstattungs-, Ausbildungs- und Beratungshilfe hat die Landesregierung erheblich dazu beigetragen, dass eine an rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen orientierte Polizei überwiegend in den jungen Reformstaaten in die Lage versetzt wird, im eigenen Lande etwas gegen grenzüberschreitende Kriminalität zu unternehmen, sie also dort zu bekämpfen, wo sie entsteht und so ein Überschwappen in Richtung Westen zumindest einzuschränken.

Die bereits im Jahre 1989 begonnenen umfangreichen Aktivitäten auf diesem Gebiet haben den Neuaufbau der Polizeien, insbesondere in den baltischen Staaten, aber auch im Oblast Kaliningrad maßgeblich unterstützt.

Die Maßnahmen, die aufgrund von Protokollvereinbarungen zwischen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung und den Partnerländern/-regionen umgesetzt wurden, betreffen u. a. einen Dozenten- und Studentenaustausch, einen Know-how-Transfer im technischen Bereich, aber auch ganz konkrete Ausstattungshilfen wie die Überlassung gebrauchter Kfz, Schutzbekleidung oder Infrastrukturhilfen für die Polizeischulen.

Die Beratung betrifft so konkrete Bereiche wie z. B. die Gründung von kommunalen kriminalpräventiven Räten oder die Bildung von örtlichen Sicherheitspartnerschaften.

### **Polizeiliche Zusammenarbeit**

Die Besuche des Innenministers, des Leiters der Polizeiabteilung und des für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zuständigen Dezernenten des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein in den Partnerländern mündeten in konkreten Protokollvereinbarungen.

Diese Vereinbarungen sind Grundlage für eine Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, insbesondere

- der Organisierten Rauschgiftkriminalität
- der Geldfälschung
- des Menschen(Frauen)handels

- der Wirtschaftskriminalität einschl. der Geldwäsche
- der Organisierten Kfz-Verschlebung.

Praktiziert wird diese Zusammenarbeit vor allem durch

- die Benennung von festen Ansprechpartnern auf der Fachebene (in Schleswig-Holstein im Landeskriminalamt)
- einen ständigen Informations- und Lagebildaustausch
- Festlegung gemeinsamer Strategien und Erfahrungsaustausch auf Fachkonferenzen
- enge Zusammenarbeit zwischen den gemeinsamen Ermittlungsgruppen von Polizei, BGS und Zoll in den Hafenstädten.

Diese Maßnahmen führten zu einer konkreten Verbesserung und einer Erleichterung der täglichen polizeilichen Arbeit im Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Die Kontakte auf der Arbeitsebene (hier einige Beispiele aus diesem Jahr) gestalten sich wie folgt:

#### Litauen

- 03.01.2000 - Anfrage an die OK-Dienststelle Litauens nach der Zuordnung von Fahrzeugen zu Fahrgestellnummern. Es erfolgte in vier Fällen eine Zuordnung.
- 03.02.2000 - Anfrage an die OK-Dienststelle Litauens. Es gehen Hinweise zu Personen und Ausweispapieren ein.
- 03.03.2000 - Anfrage der OK-Dienststelle Litauens nach 12 Fahrzeugen. Die angefragten Daten werden übermittelt.
- 06.04.2000 - Anfrage an die OK-Dienststelle Litauens. Es gehen Hinweise zu einem bestehenden Haftbefehl ein.

#### Estland

- 20.02.2000 - Anfrage im Zusammenhang mit einem Tötungsdelikt an die Zentrale Kriminalpolizeidienststelle Tallinn. Eine Antwort aus Tallinn geht ein.

### Kaliningrad

- 10.04.2000 - Anfrage der OK-Dienststelle Kaliningrad nach Ermittlungen in einem Verfahren des internationalen Zigarettschmuggels. Es kommt zu gemeinsamen Ermittlungen mit dem BGS, dem originär zuständigen Zoll und einer russischen Beamtin.

### Polen

- 15.05.2000 - Anfrage an die polnischen Behörden nach Personen, Fahrzeugen und Fahrzeugidentifizierungsnummern. Eine aussagekräftige Antwort erfolgt.
- 24.07.2000 - Mitteilung der polnischen Behörden zur Festnahme einer Person in Polen, gegen die auch das LKA SH ermittelt.

Das Ergebnis dieser Form der Zusammenarbeit wird nachfolgend an einigen Fällen dargelegt, wobei die Darstellungen im Hinblick darauf, dass Verfahren zum Teil noch nicht abgeschlossen sind, stark verkürzt und anonymisiert erfolgen:

- 1998 hatte die Lübecker Kriminalpolizei einen Doppelmord zu untersuchen. Opfer waren zwei Autohändler aus Litauen, ein dritter wurde schwer verletzt. Zur Unterstützung der Mordkommission schickte die litauische Polizei sehr schnell und unbürokratisch zwei Polizeibeamte. Einer davon war zuvor zur Ausbildung bei der schleswig-holsteinischen Landespolizei. Er sprach deutsch und kannte die Polizeistruktur in Schleswig-Holstein. Man arbeitete sehr erfolgreich zusammen und die Morde wurden aufgeklärt.  
Ein Täter wurde zwischenzeitlich verurteilt, zwei Mittätern gelang die Flucht nach Schweden, wo sie wegen eines Raubüberfalles auf eine Postdienststelle festgenommen wurden.
- Aufgrund des vereinbarten Informationsaustausches hörte die Polizei in Riga von der Festnahme eines lettischen Autodiebes an der deutsch-dänischen Grenze. Die lettische Polizei führte ebenfalls Ermittlungen gegen diese Person. Man beschuldigte ihn, für eine illegale Firma in Riga zu arbeiten, die ihre Geschäfte mit Hilfe von Bestechung von lettischen Zollbeamten durchführte. Diese Erkenntnisse führten im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens zu einer gemeinsamen Verneh-

mung im Gefängnis in Flensburg. Die Vernehmungsinhalte brachten die Ermittlungen in Lettland ebenfalls entscheidend voran.

- Im Mai 2000 zeigte sich erneut, dass die jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen den kriminellen Rockergruppen Hells Angels und Bandidos in Skandinavien im Kampf um Marktanteile im Bereich der Organisierten Kriminalität, die dort zu mehreren gegenseitigen Tötungsdelikten führten, auch Auswirkungen auf Schleswig-Holstein haben.

So kam es in Kiel zu einem Überfall der Hells Angels auf eine nach Skandinavien ausreisende Gruppe der Bandidos, der umfassende polizeiliche Maßnahmen erforderlich machte.

In diesen, aber auch in zurückliegenden Fällen profitierten die Ermittlungsbehörden im Rahmen der Ostseekooperation von den umfangreichen Erfahrungen der skandinavischen Polizei. Der gegenseitige zeitnahe Informationsaustausch u. a. über geplante Treffen und Reisewege ermöglichte erst angemessene polizeiliche Reaktionen.

- Im Mai 1996 entführten sechs russische Täter unter massiver Gewaltanwendung eine Russin aus einem Bordell in Schleswig-Holstein, die dort illegal der Prostitution nachging. Das Opfer wurde mehr als 30 Stunden in einer Hamburger „Modell“-wohnung gefangengehalten und vergewaltigt. Im Juni kam es erneut zur Entführung von vier Russinnen aus einem Bordell. Zwei Opfer konnten fliehen, die anderen wurden in Bordelle außerhalb Schleswig-Holsteins verschleppt. Die Ermittlungen mit Unterstützung der ausländischen Behörden ergaben, dass eine kriminelle Organisation sich mit Schutzgelderpressungen im Rotlichtmilieu befasst. Gegen vier Täter wurde Haftbefehl erwirkt.
- Ermittlungen aus dem Jahre 1996 verdeutlichten die Einschleusung osteuropäischer Frauen zum Zweck der Aufnahme der Prostitution durch eine in Hamburg und Schleswig-Holstein gewerbs- und bandenmäßig arbeitende Organisation. Der Haupttäter verschickte Einladungsschreiben verschiedener Personen aus dem Raum Heide, die überwiegend beim Generalkonsulat in St. Petersburg zur Vorlage kamen. Es wurden fünf deutsche Täter ermittelt, die mit Hilfe ihrer geschäftli-

chen Beziehungen in den Großraum St. Petersburg die Einschleusung der Frauen organisierten.

- Ein Ermittlungsverfahren richtete sich gegen deutsche und litauische Staatsangehörige wegen schweren Bandendiebstahls und der gewerbsmäßigen Hehlerei von Kraftfahrzeugen in mindestens 64 Fällen. Die Tatverdächtigen kauften Schrottfahrzeuge im Raum Hamburg auf, um in den Besitz von Datenträgern und Fahrzeugbriefen zu gelangen. Zeitnah wurden in Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein typgleiche Fahrzeuge entwendet und „frisirt“. Die Verschiebung der Fahrzeuge erfolgte auf dem Landweg durch litauische Kuriere nach Polen und Litauen.
- Eine Organisation russischer Tatverdächtiger versuchte von einem Autohändler (Aussiedler) Schutzgeld zu erpressen. Als das Opfer sich weigerte, wurde es von mehreren Tätern krankenhaushausreif geschlagen. Drei Tatverdächtige, darunter der Anführer der Gruppe, wurden festgenommen.

### **Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Ostseeraum**

Zur weiteren Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit führte das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein im Oktober 1999 in Kiel eine Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Ostseeraum durch, die weitgehend aus EU-Mitteln finanziert wurde.

Konferenzteilnehmer waren verantwortliche Führungskräfte aus den Zentralen OK-Bekämpfungsdienststellen der Ostseeanrainerstaaten

Dänemark,

Estland,

Finnland,

Lettland,

Litauen,

Norwegen,

Polen,

Russland (Kaliningrad und St. Petersburg)

Schweden.

Weitere Teilnehmer kamen von EUROPOL Den Haag, vom Bundeskriminalamt Wiesbaden, vom Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, von den Zollfahndungsämtern Kiel und Rostock und den Bundesgrenzschutzämtern Flensburg und Rostock.

Die Konferenz hatte folgende konkrete Zielsetzungen:

- Erstellung aktueller Lagebilder zu bestimmten Phänomenen Organisierter Kriminalität im Ostseeraum, insbesondere hinsichtlich der Kraftfahrzeugverschiebung, der Schleusungskriminalität/des Menschenhandels und der Geldwäsche
- Verbesserung der operativen grenzüberschreitenden/internationalen Zusammenarbeit
- Planung und Erarbeitung gemeinsamer bzw. abgestimmter Bekämpfungsstrategien und -konzepte
- Erfahrungsaustausch über taktische und strategische Methoden der OK-Bekämpfung
- Intensivierung des Informationsaustausches zur OK-Bekämpfung zwischen den Ostseeanrainerstaaten
- Erfahrungsaustausch über rechtliche Möglichkeiten und technische Methoden bei der OK-Bekämpfung
- Prüfung und Verbesserung von Möglichkeiten für international abgestimmte Zeugenschutzmaßnahmen
- Aufbau, Ausbau und Verbesserung der Kommunikation durch Schaffung und Vertiefung persönlicher Kontakte zwischen den verantwortlichen Leitern der OK-Bekämpfungsdienststellen

Konkrete Themen dieser Tagung waren u. a.:

- Darstellung verschiedener Deliktsbereiche insbesondere Kfz-Verschlebung, Zigarettenschmuggel, Menschenhandel und Rockerbanden in Dänemark
- Entwicklung der Kriminalität in Lettland, insbesondere mit Schwerpunkten Kfz-Verschlebung, Prostitution und Erpressung mit starken Bezügen nach Deutschland, Dänemark und Großbritannien



- Darstellung der Entwicklung der OK-Gesetzgebung, ausländerrechtliche Beschränkungen und Präventivmaßnahmen in Litauen
- Präsentation eines internationalen Verfahrens der OK im Zusammenhang mit Kreditkartenfälschung durch die Polizei Göteborg
- Darstellung ausgewählter Beispiele Organisierter Kriminalität in Südschweden, insbesondere im Zusammenhang mit Motorradgangs
- detaillierte Präsentation über die Situation der Organisierten Kriminalität in Polen
- Darstellung der Situation der Exklave Kaliningrad
- internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kfz-Verschlebung aus den EU-Staaten nach Osteuropa
- internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Schleuserkriminalität/des Menschenhandels, insbesondere zum Nachteil osteuropäischer Frauen
- Präsentation eines exemplarischen Falles der Geldwäsche im Zusammenhang mit dem Import- und Export von Gold
- Aktivitäten krimineller Rackerorganisationen (Hells Angels und Bandidos) in Skandinavien mit Bezügen zu anderen EU-Staaten

### **Weitere polizeiliche Zusammenarbeitsformen im Ostseeraum**

#### Gemeinsame Ermittlungsgruppe Hafent

In den Hafentstädten Kiel und Lübeck, in modifizierter Form auch in Flensburg, bestehen gemeinsame Ermittlungsgruppen aus Beamten der Schutz-, Kriminal- und Wasserschutzpolizei und des Bundesgrenzschutzes.

Diese bei den Kriminalpolizeistellen angesiedelten Ermittlungsgruppen pflegen sehr enge Kontakte zu ihren Partnerdienststellen in den Heimathäfen der zwischen Schleswig-Holstein und osteuropäischen Staaten verkehrenden Fährlinien.

Der ständige Informationsaustausch führt zu besonderen Erfolgen im Kampf gegen die internationale Kfz-Verschlebung.

Auch hierzu einige Beispiele:

- Im Januar d. J. wurde anhand von Passagierlisten einer zwischen Kiel und Klaipeda verkehrenden Fähre nachträglich festgestellt, dass drei tschechische Staatsangehörige in fünf Fällen hochwertige Fahrzeuge ins Baltikum verschoben hatten.  
Zum Zeitpunkt der Ausreisekontrolle bestand in Tschechien keine Fahndung. Die Fahrzeuge wurden erst später als gestohlen gemeldet. Die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Hafen (GEH) konnte ermitteln, dass weitere drei Fahrzeuge - Audi A 8, DB E 430 und DB 500 SL - durch die Gruppierung nach Litauen verbracht und anschließend in Tschechien als gestohlen gemeldet wurden.
- Im März d. J. wurden im Kieler Ostuferhafen ein italienischer und ein russischer Staatsangehöriger durch den Bundesgrenzschutz festgenommen. Beide wollten mit einem hochwertigen Pkw BMW 530 d nach Klaipeda ausreisen. Bei der Ausreisekontrolle wurde u. a. eine gefälschte Vollmacht zur Benutzung des Pkw im Ausland vorgelegt.  
Ermittlungen ergaben, dass der italienische Staatsangehörige bereits zuvor einen „geliehenen“ Mercedes E 250 nach Weißrussland verbrachte. Das Fahrzeug wurde, nachdem es in Weißrussland war, vom Besitzer als gestohlen gemeldet. Zum russischen Staatsangehörigen wurde ermittelt, dass er in Kontakt zu einem polnischen Staatsangehörigen steht, gegen den die GEH Kiel wegen mehrfacher Kfz-Verschleppungen ermittelt.
- Ebenfalls im März 2000 wurden im Kieler Ostuferhafen zwei litauische Staatsangehörige mit einem verfälschten Chrysler Grand Cherokee bei der Ausreise nach Klaipeda festgenommen. Ermittlungen ergaben, dass das Fahrzeug bereits 1998 in Kanada entwendet und mit Daten eines verunfallten Fahrzeuges verändert worden war.
- Vor der Ausreise nach St. Petersburg wurden im März 1999 durch die GE Hafen ein Volvo sowie ein Toyota-Landcruiser (Wert zusammen ca. 150 000 DM) sichergestellt. Die Pkw waren in Mailand gestohlen worden, danach im Bereich der Fahrzeugidentitätsnummern verfälscht und mit italienischen Papieren, die zuvor

als Blankodokumente entwendet worden waren, ausgestattet.

- Im Mai 1999 wurde am Norwegenkai ein Audi A 80 sichergestellt. Der estnische Fahrer versuchte, das in der Nacht zuvor in Nordrhein-Westfalen entwendete Fahrzeug über Skandinavien nach Tallinn zu verschieben. Der Täter legte zur Identifizierung total gefälschte Papiere vor.
- Im Juli 1999 versuchte ein polnischer Staatsangehöriger einen gemieteten Pkw, der nicht im Ausland fahren durfte, ins Baltikum zu verschieben. Zielort dürfte Weißrussland gewesen sein.
- Im August 1999 kam es zur Festnahme eines bulgarischen Staatsangehörigen, der einen in Spanien unterschlagenen Audi A 8 ausführen wollte. Die Fahrzeugidentifikationsnummer war zwischenzeitlich verfälscht. Bei den vorgelegten Papieren handelte es sich um Totalfälschungen.

#### AG Nord-Ost Rauschgift

Bereits im Jahre 1978 wurde unter Federführung des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein eine „Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Rauschgifthandels Nord“ gegründet (seit 1992 AG Nord-Ost), unter der Beteiligung auch der skandinavischen Länder.

Seit 1997 sind aufgrund der erforderlichen engen Zusammenarbeit im Ostseeraum auch Vertreter Polens, der baltischen Staaten und des Oblast Kaliningrad Teilnehmer.

Die Einbeziehung dieser Staaten ist schon deshalb von besonderer Bedeutung, weil sich die Handelswege teilweise von der klassischen Balkanroute nach Osteuropa hin verlagert haben.

Ziel ist zwar in erster Linie ein intensiver Lage- und Erfahrungsaustausch hinsichtlich Täterstrukturen, bevorzugten Rauschgiften, Handelswegen und Bekämpfungsstrategien sowie die Vertiefung persönlicher Kontakte. Erörtert werden aber auch konkrete länderübergreifende Fälle der Organisierten Rauschgiftkriminalität, die dann zu konkreten Zusammenarbeitsformen führen. Diese ist von ganz besonderer Bedeutung in Fällen der sog. „kontrollierten Lieferungen“, bei denen die einzelnen Länder im Ra-

men von internationalen Abmachungen auf einen Zugriff verzichten, mit dem Ziel, die Strukturen der Organisierten Kriminalität in den Empfängerländern zu zerschlagen. Dazu wird beispielhaft angeführt:

- Im Rahmen einer Sicherstellung von ca. 12 t Cannabis auf einem litauischen Schiff mussten Ermittlungen in Schleswig-Holstein durchgeführt werden. Das war zeitgerecht nur möglich durch die persönlichen Verbindungen der beteiligten Dienststellenleiter. Die Aktion mündete in einer Observation in Schleswig-Holstein und führte zu relevanten Erkenntnissen, vor allem für die dänischen Polizeibehörden.
- In einem Ermittlungsverfahren in Norwegen wegen Einfuhrschmuggels von erheblichen Mengen Cannabis wurden auch deutsche Staatsangehörige inhaftiert. In Zusammenarbeit mit den norwegischen Behörden und dem Bundeskriminalamt gelang es der Polizei, die Strukturen dieser Organisation aufzudecken, die Cannabis von Marokko über Spanien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland in die skandinavischen Länder transportiert hatte. Die Aufklärung wurde möglich durch ein Zusammenwirken von norwegischen und schleswig-holsteinischen Polizeibeamten in Norwegen.

#### Baltic Sea Task Force on Organized Crime

Die Baltic Sea Task Force on Organized Crime wurde im Jahre 1996 auf der sog. Visby-Konferenz gegründet mit dem Ziel der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Ostseeraum.

Mitglieder sind unter schwedischem Vorsitz die persönlichen Beauftragten der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten, für die Bundesrepublik Deutschland der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums.

Während in diesem Gremium allgemeine strategische Ziele zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Ostseeraum erörtert werden, sowie Einzelkomplexe wie

- Verstärkung des kriminalitätsbezogenen Informationsaustausches
- justitielle Zusammenarbeit und fachliche Erhebungen
- Förderung gemeinsamer Aus- und Fortbildung

werden im Operative Comitee der Task Force (OPC) gemeinsame Aktionen konkret geplant und durchgeführt.

Seit der gemeinsamen Tagung Task Force/OPC vom 22. bis 24.09.1999 in Lübeck hat Schleswig-Holstein einen festen Sitz im OPC und ist somit an allen Planungen beteiligt.

Das OPC befasst sich mit Themen wie

- Frauenhandel
- Amphetaminherstellung und -schmuggel
- internationale Kfz-Verschiebung
- Geldwäsche
- Schmuggel,

entwickelt Prävention- und Repressionsstrategien sowohl für die einzelnen Staaten als auch für konkrete länderübergreifende Operationen, wie z. B. in der Form kontrollierter Lieferungen, auch unter Einbindung des Bundesgrenzschutzes.

Beispiele für gemeinsame Aktionen:

- Im Jahre 1997 wurde länderübergreifend die Operation „Speed“ durchgeführt. Die von den Ländern Polen und Schweden vorbereitete Aktion hatte das Ziel, den Schmuggel von Amphetamin aus Polen in andere Ostseerainerstaaten zu bekämpfen. Insgesamt kam es zur Sicherstellung von ca. 30 kg Amphetamin in den verschiedenen Ländern aber auch von anderen Rauschgiften sowie von geschmuggelten Zigaretten.
- In den Jahren 1996 und 1997 erfolgten nach Planungen von Norwegen und Russland Aktionen gegen die internationale Kfz-Verschiebung. Es wurde diverse Fahrzeuge sichergestellt, fast ausschließlich deutsche Automarken (Audi, BMW, Ford, Opel, Mercedes und VW), alles neuere Modelle, die weniger als einen Monat vor ihrer Sicherstellung gestohlen worden waren. Alle Fahrzeuge kamen aus westeuropäischen Ländern und wurden nach Osten verbracht.
- Weitere Operationen befassten sich mit der Verhinderung der Geldwäsche und der illegalen Migration.

#### Arbeitsgemeinschaft für polizeiliche Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas (AG POL MOE)

Die Kriminalitätslage im Bereich der Ostseerainerstaaten wird teilweise fremdbestimmt durch die länderübergreifende Kriminalität aus angrenzenden Staaten.

Deshalb findet in der Arbeitsgemeinschaft für polizeiliche Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas (AG POL MOE) ein institutionalisiertes Zusammenwirken zwischen folgenden Teilnehmern statt:

Bundesrepublik Deutschland, die Bundesländer Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.

Schleswig-Holstein ist durch den Leiter der Polizeiabteilung des Innenministeriums in dem Gremium vertreten.

Die AG POL MOE führt regelmäßig Fachtagungen zu länderübergreifenden Spezialthemen durch (z. B. Bekämpfung der Kriminalität im Zusammenhang mit der Einführung des EURO, Computerkriminalität).

Beispiele für konkrete Projekte:

- Routen „Betäubungsmittel“ auf der Basis des Schengener Durchführungsübereinkommens

Koordiniert durch die AG POL MOE wurden in den Teilnehmerländern zeitgleich Operationen gegen Organisierte Rauschgifthandel durchgeführt. Die Maßnahmen schlossen ausdrücklich den internationalen Flugverkehr mit ein.

- Weitere koordinierte Maßnahmen befassen sich mit den Bereichen Organisierte Kfz-Verschlebung und Menschenhandel.

Ziel der Landesregierung ist es, der Polizei Schleswig-Holsteins eine ähnlich konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen wie sie mit den baltischen Staaten, Skandinavien und der Oblast Kaliningrad bereits besteht.

### **3. Auswirkungen auf Schleswig-Holstein**

Die Situation der registrierten Organisierten Kriminalität in Schleswig-Holstein wird jährlich in dem gemeinsam von Justiz und Polizei erstellten Lagebild dargestellt.

Die positiven Auswirkungen der zuvor beschriebenen engen Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainerstaaten spiegeln sich jedoch nur sehr bedingt in den in diesem Bericht genannten Zahlen wider bzw. sie können mittelfristig durch intensivere poli-

zeitliche Maßnahmen sogar zu einer **statistischen** Erhöhung von Fällen der Organisierten Kriminalität führen.

Das enge Zusammenwirken mit den Partnerländern, der ständige Informationsaustausch, das gemeinsame Agieren führt gerade in einem Transitland wie Schleswig-Holstein bei der Organisierten Kriminalität zur Aufhellung des Dunkelfeldes. Es hilft ferner, Strukturen der Organisierten Kriminalität zu erkennen. Oft zeigt sich erst aus dem Gesamtbild, dass Taten überhaupt der Organisierten Kriminalität zuzuordnen sind.

Gleichzeitig ermöglicht sie die unbürokratische länderübergreifende Zusammenarbeit auf der Ermittlungsebene, um dadurch

- eine zeitnahe gerichtsverwertbare Aufklärung der Angelegenheit zu erreichen
- zu verhindern, dass sich neue Strukturen Organisierter Kriminalität in Schleswig-Holstein verfestigen
- Anchlussermittlungen in den Partnerländern zu initiieren
- zeitgleich in verschiedenen Ländern gegen bestimmte Kriminalitätsphänomene vorzugehen
- zu verhindern, dass lediglich vorgeschobene und im Auftrag handelnde Täter festgenommen werden, die Drahtzieher im Heimatland aber unbehelligt bleiben.

Die Kooperation mit den Ostseeanrainerstaaten führte zu folgenden wesentlichen Erkenntnissen:

- In den Jahren 1995 bis 1999 wurden folgende Mengen an Betäubungsmittel in Skandinavien sichergestellt, die eindeutig durch Schleswig-Holstein als Transitland nach Nordeuropa geschmuggelt wurden:

	<b>1995</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>
Heroin	31,007 kg	48,996 kg	40,738 kg	112,490 kg	107,288 kg
Kokain	5,39 kg	10,52 kg	3,26 kg	7,959 kg	4,480 kg
Amphetamin	34,630 kg	9,126 kg	67,346 kg	282,186 kg	57,356 kg
Amphetainderivate	2916 Stck	997 Stck	0 Stck	8085 Stck	36406 Stck
LSD	0 Stck	0 Stck	0 Stck	0 Stck	850 Stck
Opium	0,5 kg	10,31 kg	0 kg	2,044 kg	3,5 kg
Cannabis	469,39 kg	468,752 kg	46,087 kg	808,168 kg	357,801 kg
Khat	-	-	-	1104,5 kg	1469,28 kg

Besonders wird darauf hingewiesen, dass Khat in der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern erst im Jahre 1998 in das Betäubungsmittelgesetz aufgenommen wurde, nicht zuletzt deshalb, weil die intensive Zusammenarbeit ergab, dass eine Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung von Khat-Schmuggel für Skandinavien von erheblicher Bedeutung ist, für Maßnahmen deutscher Behörden aber erst eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden musste.

- Zwischen 33,7% und 46,5% aller Tatverdächtigen in Verfahren Organisierter Kriminalität kamen in den Jahren 1996 bis 1999 aus Osteuropa
- Die sog. „Milieukriminalität“ im Zusammenhang mit der Einschleusung vor allem osteuropäischer Prostituiertes wird aufgrund der nennenswerten Gewinnerwartungen weiterhin einen bedeutenden Faktor der Organisierten Kriminalität darstellen. Herkunftsländer der Frauen sind vornehmlich Litauen, Polen, Russland, Weißrussland, Tschechien, Bulgarien und Rumänien, wo sie zumeist unter einer Lege ange worden werden.
- Die Verschiebung von Kraftfahrzeugen nach Osteuropa wird auch zukünftig das Erscheinungsbild der OK in Schleswig-Holstein maßgeblich mitbestimmen. Elektronische Diebstahlssicherungen an den Fahrzeugen führen international zu einem Anstieg der Unterschlagungsfälle aus Miet- oder Leasingverträgen. Die Täterstrukturen sind international. So kooperierten z. B. italienische Tatverdächtige, zuständig für die Beschaffung von Fahrzeugen in Italien, mit russischen Tatverdächtigten aus dem Raum St. Petersburg, die für die Sicherheit der Kuriere im Zielgebiet und die spätere Beuteverwertung sorgten.
- Kuriere aus den baltischen Staaten spielen bei der Kfz-Verschiebung eine bedeutende Rolle und erfordern so eine enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Polizeidienststellen.

Selbstverständlich ersetzt diese wichtige und pragmatische Form der Zusammenarbeit nicht den vorgeschriebenen Rechtsweg, ohne den keine Erkenntnisse gericht-



verwertbar in das Verfahren einfließen können. Sie ersetzt auch nicht die Einschaltung dafür vorgesehener Organisationen und Gremien wie das Bundeskriminalamt mit seinen Verbindungsbeamten oder INTERPOL.

Aber sie ermöglicht zügige auf aktuellen Informationen basierende Ermittlungen, die von den Polizeidienststellen der jeweiligen Partnerländer unterstützt und gefördert werden.

#### **4. Fazit**

Das zweigleisige Vorgehen im Rahmen der Sicherheitskooperation mit den Ostseeanrainerstaaten nämlich

- Unterstützung der jungen Reformstaaten, vor allem in den baltischen Ländern durch Ausstattung-, Ausbildung- und Beratungshilfe und
- die Schaffung von formellen und informellen Kontakten auf Arbeits- und Führungsebene hat sich eindeutig bewährt.

Die Landesregierung wird dieses Konzept auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten fördern. Von Bedeutung ist, dass durch die Maßnahmen nicht nur Straftaten aus Schleswig-Holstein aufgeklärt oder verhindert werden, sondern dass Schleswig-Holstein damit auch seiner Verantwortung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und den europäischen Nachbarländern zur Stärkung eines Raumes der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit gerecht wird.